

Industriellen Mittelstand stärken

Der deutsche Maschinen- und Anlagenbau ist das Herzstück des industriellen Mittelstands. Dass Deutschland Rekorde bei Beschäftigung und Steuereinnahmen erzielt, hat es seiner breiten industriellen Basis zu verdanken. Damit dies so bleibt, braucht es eine Politik, die den Unternehmen Spielraum für Innovationen und Investitionen lässt, auch durch einen spürbaren Bürokratieabbau. Nur wenn die deutschen Unternehmen nachhaltig im weltweiten Wettbewerb bestehen, ist Deutschland als Industrienation zukunftsfähig.

Erfolg durch industriellen Mittelstand

Mittelständisch, familiengeführt, innovativ, exportorientiert, regional verwurzelt – das beschreibt den deutschen Maschinenbau. Die EU-Definition, die Unternehmen mit maximal 250 Beschäftigten zum Mittelstand zählt, ist oft zu eng. Viele, die sich als mittelständisch sehen, finden sich da nicht wieder. Und damit droht eine Verkürzung. Denn der Erfolg von Hidden Champions beruht auf branchenübergreifenden Technologienetzwerken aus Wirtschaft und Wissenschaft. Der VDMA fordert daher eine Wirtschaftspolitik, die der Industrie in ihrer gesamten Breite gerecht wird.

Investitionsstau bei Infrastruktur lösen

Wenn nicht einmal die für Investitionen eingeplanten Haushaltsmittel auch tatsächlich genutzt werden, ist das ein Zeichen für einen gravierenden Investitionsstau. Deutschland braucht einen langfristigen Infrastrukturplan für effiziente Investitionen in Verkehr und digitale Infrastruktur. Politik und Netzbetreiber müssen dafür Sorge tragen, dass Betriebe auch in den Regionen einen zeitgemäßen Internetanschluss sowie eine solide Verkehrsanbindung haben. Nicht alle mittelständischen Unternehmen können auf eigene Rechnung die Lücke füllen.

Arbeitsrecht reformieren

Wer die Wettbewerbsfähigkeit fördern möchte, muss übermäßige Bürokratie abbauen. Ein reduzierter Verwaltungsaufwand etwa im Arbeitsrecht birgt Chancen für Arbeitnehmer und erhebliche Effizienzgewinne. So darf bei gesteigerter Zeitsouveränität eines Beschäftigten die Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes hinsichtlich der Aufzeichnungspflichten oder etwaigen Sanktionen nicht alleine dem Arbeitgeber obliegen. Stattdessen muss eine größere individuelle Zeitsouveränität des einzelnen Beschäftigten auch ein höheres Maß an Eigenverantwortung bedingen.

KurzZahl

Wussten Sie, dass 87 Prozent der Unternehmen des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus weniger als 250 Beschäftigte haben, nur zwei Prozent mehr als 1.000?

Rahmen für Innovationen verbessern

Forschung und Innovation liegen im ureigenen Interesse der Unternehmen. Sie tragen auch den Großteil der Kosten. Aufgabe des Staates ist es, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, etwa durch die Einführung einer allen Unternehmen offenstehenden steuerlichen Forschungsförderung und dem Ausbau der vorwettbewerblichen und breitenwirksamen Industriellen Gemeinschaftsforschung.

Umweltschutz effizient gestalten

Nicht das einzelne Gesetz oder die einzelne Vorschrift ist kritisch, sondern die schiere Masse der Vorgaben im Umweltschutz belasten Unternehmen. Eine Vielzahl an Regeln im Umweltschutz entsteht föderal, national und europäisch. Zuständig für den Vollzug des Umweltschutzes sind dann Behörden aller Verwaltungsebenen. Die Unternehmen brauchen deutlich mehr Klarheit: Mehr Subsidiarität, wo möglich, und mehr Abstimmung zwischen den gesetzgebenden Ebenen.

Zollrecht entbürokratisieren

Für mittelständische, exportorientierte Unternehmen ist die Zusammenarbeit zwischen Bundesamt für Ausfuhrgenehmigungen und Zoll oft zeitraubend. Der bürokratische Aufwand ist bei Ersatzteillieferungen teilweise höher als der Wert der exportierten Waren. Unnötige Doppelprüfungen beim Export müssen durch eine effiziente Abstimmung der Zollbehörden behoben werden. Gerade der Mittelstand hat oftmals keine Möglichkeit, den Aufwand mit besonderem Personal zu bewältigen.

Fazit

Deutschlands Wohlstand hängt maßgeblich vom Erfolg des industriellen Mittelstands ab. Ein leistungsfähiger Staat gibt dabei die Rahmenbedingungen in der sozialen Marktwirtschaft vor. Ziel muss es sein, den Unternehmen mit einem spürbaren Bürokratieabbau mehr Freiraum für unternehmerische Entscheidungen im Wettbewerb zu geben. Die Politik muss bei jeder Entscheidung die Bedürfnisse des industriellen Mittelstands möglichst bürokratiearm berücksichtigen.

Kontakt

Dr. Johannes Gernandt, Leiter VDMA Wirtschaftspolitische Grundsatzfragen,
Telefon +49 69 6603-1829, E-Mail johannes.gernandt@vdma.org

Stefanie Seele, VDMA Hauptstadtbüro,
Telefon +49 30 306946-24, E-Mail stefanie.seele@vdma.org

www.vdma.org

Mehr KurzPositionen



www.vdma.org/kurzpositionen